Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 2

Artikel: Das Ende der Souveränität der Nationalstaaten
Autor: Bierter, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340996

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Ende der Souveränität der Nationalstaaten

Wie die neuen sozialen Bewegungen die Zivilgesellschaft stärken und die Souveränität des Nationalstaates unterlaufen

Die Souveränität des Nationalstaates ist am Ende, ist längst zu einer symbolischen Fiktion geworden. Nicht „das Volk", sondern in wachsendem Masse die Bürgerinnen und Bürger in ihrer wechselhaften Pluralität üben die Souveränität aus, die damit keinen festen Ort mehr hat. Die Gesellschaft hat längst begonnen, sich als „autonome Gesellschaft" zu verhalten.

Willy Bierter

Die Welt schrumpft täglich – wirtschaftlich, politisch, militärisch und ökologisch. Telekommunikationssysteme bringen faktisch alle Punkte der Erdoberfläche in engen und augenblicklichen Kontakt miteinander. Es gibt praktisch niemanden mehr auf dieser Welt, der nicht den Launen des Weltmarktes ausgesetzt ist. Waffensysteme und politische Allianzen umfassen den Globus. All dies ist längst zum Gemeinplatz geworden.

Um so erstaunlicher ist es, dass nach wie vor der grösste Teil der Analysen dessen, was geschieht und was getan werden sollte, auf einem völlig anderen Bild der Welt gründet. Dieses Bild der Welt ist eines von souveränen Nationalstaaten als den Hauptakteuren, den wichtigsten Zentren von Macht und Interessen. Hochkonjunktur haben Debatten über nationale Politik, nationale Wettbewerbsfähigkeit, nationale Kultur, nationale Zielsetzungen und Massnahmen, die das nationale Gemeinwesen stärken und die nationalen Interessen in den Vordergrund stellen. Im Mittelpunkt all dieser politischen Debatten und Aktivitäten steht das Thema Souveränität. Die strittigsten Fragen und Sachverhalte in der Welt werden im Namen der Souveränität formuliert, vorgetragen, verhandelt und „gelöst".

Was aber hat es mit dem Souveränitätskonzept auf sich? Es taugt nicht für die Beschreibung der Welt, so wie sie heute ist, wie sie sich entwickelt oder wie sie gestaltet werden könnte. Es liegt vielleicht ein Hauch von Paradoxie darin, dass gerade jetzt, wo die meisten menschlichen Angelegenheiten eine unaufhörliche und rapide Globalisierung erfahren, das Souveränitätskonzept auf der politischen Vorbühne derart grell beleuchtet wird. Aber die Welt befindet sich nicht nur in einem Prozess der fortlaufenden Integration, sondern gleichzeitig in einem Prozess der fortschreitenden Dezentralisierung von Autorität und der Fragmentierung der Gesellschaft.

Der Modernisierungsprozess hat sich über den ganzen Globus verbreitet und dabei traditionelle Strukturen, Ideologien und Werte transformiert. In seinem Kielwasser kam und kommt es auch heute oft zu – mehr oder weniger blutigen – politischen Konflikten. Von Ost nach West und von

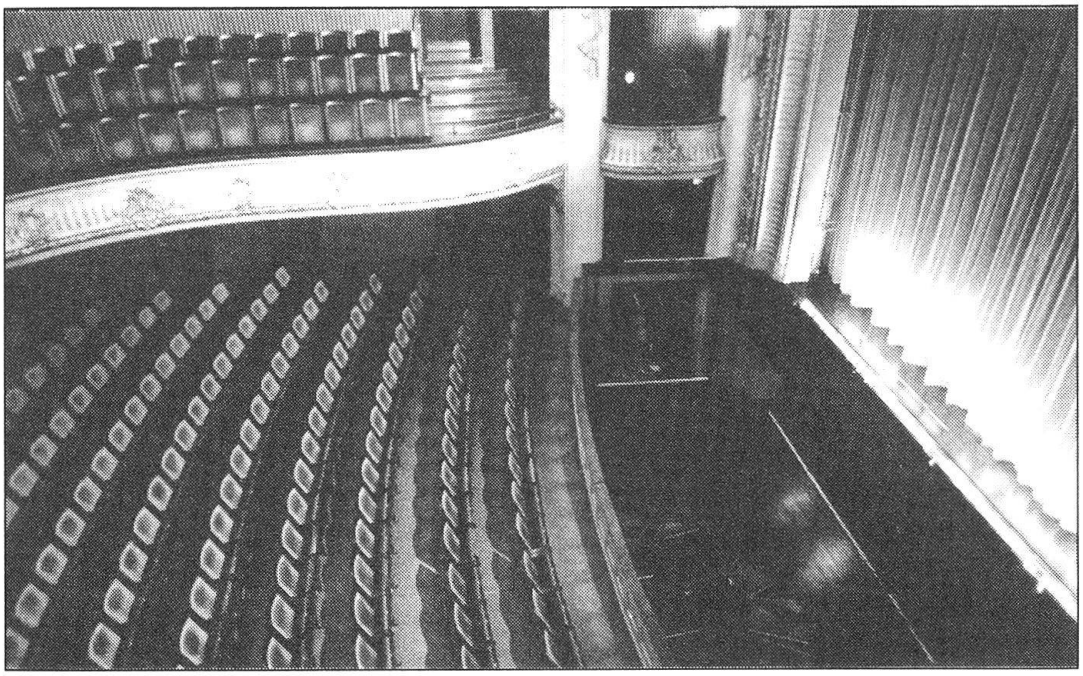
Das Souveränitätskonzept taugt nicht für die Beschreibung der Welt, so wie sie heute ist, wie sie sich entwickelt oder wie sie gestaltet werden könnte.

Nord nach Süd sind wir Zeuge eines immer stärker werdenden Drängens nach lokaler und regionaler Autonomie, und einer wachsenden Bedeutung von subnationalen und transnationalen Institutionen, die das Modell einer in souveräne Staaten gegliederten Welt herausfordern. Die zunehmende Komplexität politischer, wirtschaftlicher und technologischer Organisation wurde in den letzten Jahrzehnten von einer manchmal rudimentären und gelegentlich reiferen Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen begleitet. Ihre zentralen Anliegen bildeten ein breites Spektrum: von der Besorgnis über die Umweltzerstörung bis zur Herausforderung patriarchaler Strukturen, und vom Kampf um die Beendigung des Wettrüstens bis zur Anprangerung fehlender und missachteter Menschenrechte. Die Vielfalt an sozialen Bewegungen repräsentiert ein ausserordentlich mannigfaltiges Spektrum von Werten, Akteuren, Problematiken und Konflikten. Einige Bewegungen sind lokal, andere regional, einige national, andere international. Einige haben sich um ganz spezifische Streitfragen gebildet (z.B. Gefängnisreform), während andere ein breiteres Spektrum von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Anliegen umfassen (z.B. die Anti-Apartheid-Bewegung). Einige vertreten die Interessen einer spezifischen sozialen Gruppe (z.B. Frauenbewegung) oder eines geographisch bestimmten Gebietes bzw. Gemeinwesens (z.B. die Maori von Neuseeland), während andere mit einer den Globus umspannenden Tagesordnung täglich präsent sind (z.B. Amnesty International). Was alle diese sozialen Bewegungen auszeichnet und politisch bedeutsam macht, ist, dass sie in der Lage sind, die Anliegen von Minderheiten, von ausgeschlossenen und stigmatisierten Gruppen zu formulieren und in konkrete Handlungen umzumünzen. Sie sind soziale Bewegungen aufgrund ihrer Fähigkeit, soziale Konflikte zu erzeugen, zu artikulieren und zu organisieren.

Für die sozialen Bewegungen ist die kritische Frage, wie Lebensstile verteidigt oder wie neue Lebensstile in die Praxis umgesetzt werden können.

Werfen wir einen Blick auf die nordwestlichen Industrieländer, so fällt auf, dass in den letzten beiden Jahrzehnten die meisten neuen sozialen Bewegungen - mit Ausnahme der Frauenbewegung - sich weniger mit Arbeits- oder wirtschaftlichen Problemen im traditionellen Sinne beschäftigt haben, sondern mehr mit kulturellen oder ethischen Problemen. Mit anderen Worten: die neuen sozialen Bewegungen befassen sich stärker mit der Problematik, die Habermas als Erosion der Lebenswelt bezeichnet hat. Für sie ist die kritische Frage nicht länger, wie die Wohltaten des wirtschaftlichen Wachstums zu verteilen sind, sondern vielmehr wie Lebensstile verteidigt oder wie neue Lebensstile in die Praxis umgesetzt werden können. Die neuen Konflikte betreffen also nicht primär Verteilungsprobleme, sondern die Formen neuer, sozialökologischer Lebensweisen. Das alles will nicht besagen, dass die ältere Konfliktdimension der Verteilungsgerechtigkeit an Bedeutung verloren hätte, sondern dass eine neue Dimension hinzugekommen ist, die Fragen der Verteilungsgerechtigkeit umwandelt und neue Formen des politischen Lebens eröffnet.

Die sozialen Bewegungen, die bei uns im Westen als Reaktion auf die „umfassende Wachstums- und Sicherheits-Allianz" (Offe) der 50er und 60er Jahre entstanden sind, betonen verschiedene Schlüsselwerte: Lebensqualität, persönliche Entfaltung, Menschenrechte, Partizipation, Friede und Naturschutz. Als Antwort auf die bürokratischen Strukturen der staatlichen Machtapparate entwickelten die neuen sozialen Bewegungen in ihren Aktivitäten flexible, anpassungsfähige, nicht-autoritäre und autonome Organisationsformen. Sie wiesen die etablierte institutionelle Politik zurück und führten die Auseinandersetzungen im Namen von Autonomie, Pluralität und Verschiedenheit, also von liberalen und demokratischen Prinzipien.



(Bild: Iris Krebs)

Die von ihnen geführten Auseinandersetzungen symbolisieren eine neue Beziehung zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft und eine neue Synthese von öffentlichen und privaten Sphären. Die Auffassung, dass das Persönliche immer auch eine politische Dimension aufweist, hat in sehr vielen sozialen Bewegungen breite Anerkennung gefunden. Das hat eine Neudefinition gesellschaftlicher Macht zur Folge, die in der Auseinandersetzung mit dem Staat notwendig eine Umformung der politischen Macht mit sich bringt, indem neue politische Räume erschlossen werden.

Insofern diese Bewegungen neue politische Räume erschliessen, neue Normen artikulieren, „alte" Normen mit neuem Leben erfüllen und neue Formen von politischen Verhaltensweisen legitimieren, darf man vernünftigerweise feststellen, dass ihre Praxis einen klaren Bruch mit der institutionellen Politik bedeutet. Ihr Handlungsraum ist ein Raum der nicht-institutionellen Politik, der weder rein privat noch rein öffentlich ist. Vielmehr agieren die sozialen Bewegungen in einem viel umfassenderen Raum, nämlich jenem der zivilen Gesellschaft. Anders als der Staat ist die zivile Gesellschaft nicht territorial beschränkt. Sie stellt ein Handlungsfeld dar, dessen Grenzen sich je nach den Anforderungen durch neue Streitfragen und sich ändernde Umstände verschieben können.

Eine zivile Gesellschaft wird dann aufgebaut, wenn die Menschen an einem Ort in der Lage sind, gegenseitig sich helfend gemeinsame Aufgaben anzupacken, Fähigkeiten zu entwickeln und sich anzueignen, ein Gefühl von Gemeinschaft wiederzuentdecken. Nachbarschaftsvereinigungen, ländliche und städtische Graswurzel-Organisationen usw. geben der lokalen Dimension der zivilen Gesellschaft Ausdruck. In dem Masse, wie die Mitglieder dieser Gemeinwesen die äusseren Gründe für ihre Probleme entdecken, kann ein Bewusstsein für das Zusammenhängen verschiedener Sachverhalte und Probleme entstehen, und es können sich auf der regionalen und nationalen Ebene Koalitionen bilden. Aber das politische Handlungsfeld der neuen sozialen Bewegungen ist keineswegs ausschliesslich lokal ausgerichtet. Die Interessen, die sie zu verteidigen haben, erfordern oft ein Engagement, das nationale Grenzen überschreitet, und ihre Botschaften richten sich an eine inter-

nationale Zuhörerschaft, denn ihre Beziehungen zur zivilen Gesellschaft sind nicht durch irgendwelche Grenzen von Nationalstaaten festgelegt.

Die neuen sozialen Bewegungen teilen mit der neo-konservativen Bewegung die Auffassung, dass politische Regelungen und die damit oft einhergehende Wucherung bürokratischer Instanzen allein nicht in der Lage sind, die mannigfaltigen Probleme und Widersprüche der Industriegesellschaften zu lösen. Im Gegensatz zum neokonservativen Projekt hingegen, das die Lösung im ausschliesslichen Primat der Privatsphäre (z.B. Privateigentum, Markt, Familie, individualistische Arbeitsethik) sieht, streben die neuen sozialen Bewegungen nach einer Erneuerung der zivilen Gesellschaft durch Praktiken, die zu einem intermediären Raum zwischen rein privaten Bestrebungen und Anliegen auf der einen Seite und institutionellen, staatlich sanktionierten Politikweisen auf der anderen Seite gehören.

Eine zivile Gesellschaft wird dann aufgebaut, wenn die Menschen in der Lage sind, ein Gefühl von Gemeinschaft wiederzuentdecken.

Macht selber wird neu bestimmt, und vor allem wird die Fähigkeit, etwas zu unternehmen und zu tun, in den Vordergrund gestellt. Die von den sozialen Bewegungen bevorzugten politischen Handlungsweisen lehnen sich eng an jene Auffassung von Macht an, wie sie Michel Foucault herausgearbeitet hat. Anstelle der alten Begrifflichkeit von staatlich zentrierter Macht - also von im Zentrum des Staates angesiedelter Macht, die allein um das Funktionieren des Gesetzes und des Verbotes zentriert ist und deren logischer Ausdruck die „Souveränität" ist -, postuliert Foucault, wie im 19. Jahrhundert bereits Alexis de Tocqueville, die Zerstreuung von Macht innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung, mit anderen Worten eine Vielzahl von in das ganze Gewebe der Gesellschaft hineingewobenen Orten der Macht.

Der Praxis der neuen sozialen Bewegungen liegt also die Absicht zugrunde, zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre eine neue Synthese zu schaffen. So verknüpfen etwa die Frauenbewegungen die persönliche Erfahrung der Geschlechterungleichheit, ob zu Hause oder im Bereich der Erwerbsarbeit, mit den Machtverhältnissen, die die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozesse nach wie vor nachhaltig prägen. Die Ökologiebewegungen stellen einen Bezug her zwischen der Art und Weise, wie die Leute leben, konsumieren und reisen, und beispielsweise den vorherrschenden Systemen der Energieerzeugung und -verteilung. Die Anti-Nuklearbewegung bringt die verbreitete öffentliche Ungewissheit und Angst über die Zukunft mit der Verschwiegenheit des Staates und der Erzeugung und ungleichen Verteilung von technologischen Risiken in einen Zusammenhang. Mit all ihren Visionen, Kampagnen und Organisationsformen weisen die neuen sozialen Bewegungen auf neu auftauchende Lebensmuster hin, die persönliche Identität und kollektive Solidarität zu verbinden suchen. Darin leisten sie einen Beitrag zur Wiederbelebung der öffentlichen Sphäre, zur Re-Politisierung der zivilen Gesellschaft, in der der Staat nicht mehr länger souverän ist.

Die Vorstellung von Souveränität als einer absoluten, durch den Staat ausgeübten Autorität erfährt eine tiefgreifende Wandlung. Sie wird zunehmend ersetzt durch die Vorstellung von Autonomie, d.h. durch das Recht von Individuen und Gemeinwesen, ihren Lebensmöglichkeiten ohne Eingriffe seitens anderer Individuen oder Kollektivitäten nachzugehen. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konflikte sind eine praktische Demonstration der kulturellen und politischen Kraft dieser Idee. Die Neudefinition von Autonomie weist auf eine neue Vorstellung eines Gesellschaftsvertrages hin, in dem es keine absolute Autorität mehr gibt und der keine starren Grenzen im Raum und in der Zeit errichtet. Die vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und psychischen Bedürfnisse

von Individuen und Gemeinwesen werden durch ein höchstes ausschliessliches Machtzentrum, den souveränen Staat weder definiert noch befriedigt. Vielmehr werden sie durch eine Vielzahl sozialer Formen definiert und befriedigt, und keine dieser Formen übt Souveränität über die anderen aus. Die Funktion der neuen sozialen Bewegungen bis zum heutigen Tage war es, dem Bedürfnis nach einer drastischen Reorientierung und praktischen Unterstützung für ein neues System von vielfältigen Verbindlichkeiten und Zuständigkeiten, das durch ein dynamisches Netzwerk von Gemeinwesen, Bewegungen und Organisationen zusammengehalten wird, Ausdruck zu verleihen.

Wie geht es weiter?

Letzten Endes beinhaltet der souveräne Staat eine Art der Aufteilung der Welt, der Verteilung von Ressourcen und der Organisation des Austauschs zwischen Volkswirtschaften, bestimmten Gruppen, Kulturen und Nationen. Geopolitische Prozesse sind aber nicht bloss Machtbeziehungen zwischen Staaten, sondern theoretische Konstruktionen mit weitreichenden Folgen für den inneren Zustand von Staaten und für die Beziehung zwischen Staat und ziviler Gesellschaft auf der einen Seite, und zwischen Staat und Markt auf der anderen Seite. Die Ungewissheiten des gegenwärtigen politischen und ökonomischen Lebens und das komplexe Gewebe von geschichtlichen Ereignissen, Beziehungen und Institutionen schneiden quer durch die bisherige Zweiteilung in Innen und Aussen im bisherigen Souveränitätsmodell, und sie entfachen eine eindringliche Dynamik, die nach einer Neuinterpretation politischer Prozesse ruft, z.B. dem Stellenwert und dem Einbezug sozialer Bewegungen, usw.

Es sind fünf eng miteinander zusammenhängende Phänomene, die das gegenwärtige gesellschaftliche und politische Leben prägen:

1. die Internationalisierung von Produktion, Handel und Finanzen;
2. die homogenisierende Architektur des technologischen Wandels;
3. die Globalisierung des Sicherheits-Dilemmas;
4. die eskalierenden Wirkungen der ökologischen Zerstörung;
5. die Heraufkunft eines lokalen und transnationalen Bewusstseins.

Der Staat wird weiterhin wichtige wirtschaftliche, administrative und diplomatische Aufgaben wahrnehmen, aber das alles hat wenig bis gar nichts mit Souveränität zu tun – und man sollte Stärke keinesfalls mit Souveränität verwechseln.

Die Neudefinition von Autonomie weist auf eine neue Vorstellung eines Gesellschaftsvertrages hin, in dem es keine absolute Autorität mehr gibt.

Die Unfähigkeit der existierenden Institutionen, mit Spannungen und Konflikten umzugehen, wird zum Experimentieren mit neuen institutionellen Einrichtungen in allen Teilen der Welt ermutigen. Das quantitative und qualitative Wachstum von subnationalen und transnationalen Gruppierungen und Organisationen wird notwendigerweise ein andauerndes Überschreiten nationalstaatlicher Grenzen zur Folge haben. Was allmählich am Horizont auftaucht ist eine Dreiecksbeziehung zwischen den vertrauten Zweipoligkeiten von Nationalstaat und Weltmarkt, von Staat und ziviler Gesellschaft und der etwas weniger vertrauten Zweipoligkeit von Markt und ziviler Gesellschaft.

Der Staat wird in wachsendem Masse in einer ungemütlichen, widerspruchsvollen Beziehung zur zivilen Gesellschaft einerseits und zum Weltmarkt andererseits stehen, und es ist unwahrscheinlich, dass er die Vorherrschaft über beide behaupten kann. Der Staat wird deshalb eher als jene zentrale Arena fungieren, wo alle möglichen Konflikte zwischen Werten, Interessen und Organisationsprinzipien ausgetragen werden. Mit anderen Worten: der Staat wird eher ein Vehikel der Auseinandersetzungen denn ein Vehikel der Souveränität sein. Der Staat wird zunehmend

zwischen zwei Logiken zerrissen. Der grundlegende Widerspruch wird aber nicht zwischen nationaler Souveränität und wachsender internationaler Interdependenz bestehen, sondern zwischen zwei Formen der Interdependenz: eine Form, die die Prinzipien von Autonomie, Gemeinwesen und Identität institutionalisiert, und eine andere Form, die in der Praxis diese Prinzipien negiert. Man darf deshalb mit einer sich vertiefenden Unvereinbarkeit zwischen Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozessen innerhalb und zwischen Gesellschaften auf der einen Seite und der sich intensivierenden Zentralisierung und Bürokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens auf der anderen Seite rechnen.

Die Unfähigkeit der existierenden Institutionen, mit Spannungen und Konflikten umzugehen, wird zum Experimentieren mit neuen institutionellen Einrichtungen ermutigen.

Selbst wenn der Staat mit besonderen Interessen und Gruppierungen paktiert, wird er tendenziell ein Vehikel für die Internationalisierung von heimischen Konflikten als auch für die Lokalisierung internationaler Konflikte sein. Sollte diese Situation andauern, so werden die Zwillingstrends von Globalisierung und heimischer Fragmentierung die vorstellungsmässige Fundierung von Souveränität weiter schwächen:

1. durch das In-Frage-Stellen der Vorstellung, dass staatliche Autorität ausschliesslich oder primär innerhalb klar definierter Grenzen ausgeübt wird;
2. durch das In-Frage-Stellen der Behauptung, dass innerhalb ihres Territoriums staatliche Autorität unbeschränkt und unteilbar ist; und
3. durch das Empfehlen einer zunehmenden Trennung zwischen Staat und ziviler Gesellschaft, zwischen politischer Autorität und wirtschaftlicher Organisation und zwischen nationaler Identifikation und sozialem Zusammenhalt.

Die letzte der drei Wirkungen könnte die weitreichendste sein, weil sie den Weg für eine Neudefinition von ziviler Gesellschaft ebnet. Denn eine der vorherrschenden Charakteristiken der wirtschaftlichen Globalisierung ist die Trennung zwischen dem Traditionalen und dem Modernen, zwischen der kulturellen Grundlage von Nationalität und dem Ort wirtschaftlicher Entscheidungsfindung. Eine mögliche Konsequenz einer solchen Trennung wäre ein allmählicher Übergang zu einer neuen Vorstellung von ziviler Gesellschaft. Sie könnte eine reichhaltigere Bedeutung erhalten, die in einer Vielfalt von überlappenden Verbindlichkeiten und Zuständigkeiten gründet, wo das Traditionale, das Moderne und das Postmoderne koexistieren, wo lokaler, regionaler und globaler Raum das Prinzip der Nationalität mildern und den Zusammenhang des Gemeinwesens neu bestimmen. (Siehe bspw.: Burkhard Wehner: „Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat. Neue Staatsgrenzen für neue Staatstypen", Darmstadt 1992) Die Wiedererlangung lokaler und regionaler Identitäten kann zu neuen Formen von autonomer und demokratischer Praxis ermutigen und gleichzeitig die Heraufkunft einer kosmopolitischen globalen Kultur erleichtern.

Zentral für die Neufassung von ziviler Gesellschaft sind wahrscheinlich zwei möglicherweise miteinander in Konflikt liegende Tendenzen: Die Wiederbehauptung kultureller Identität und das Akzeptieren eines kulturellen Pluralismus als ein organisierendes Prinzip nationalen und internationalen Lebens. Die Suche nach Identität und Autonomie wird ohne Zweifel an Intensität zunehmen, aber sie wird, was Form und Inspiration anbelangt, aller Voraussicht nach weniger staatlich geprägt sein als in der Vergangenheit, und sie wird sich sehr wahrscheinlich aus lokalen, ethnischen, religiösen, sprachlichen, sozialen und ökologischen Perspektiven und Traditionen nähren, die in gewissem Sinne der Moderne gegenüber kritisch eingestellt sind. Partikularismus und Globalismus

werden daher wahrscheinlich Seite an Seite in einer ungemütlichen Koexistenz florieren. Weniger klar ist, ob die massiv gestiegene Mobilität von Informationen, Botschaften und Ideen das kosmopolitische Wechselspiel von Kulturen erleichtern oder bloss die Häufigkeit und Intensität ihrer Zusammenstösse vervielfachen wird. Welche besondere Form der künftige Globalismus annehmen wird, bleibt vorläufig eine offene Frage. Drei Szenarien scheinen plausibel:

1. Globalismus wird primär durch wirtschaftliche Internationalisierung und politische Fragmentierung (d.h. ein zwischenstaatliches System) vermittelt, oder
2. durch eine stärker lokal und regional verwurzelte, aber wechselseitig tolerante Vielfalt von Kulturen, oder
3. durch das Auftauchen einer ausgeprägten Weltkultur, die durch eine universale Autorität untermauert und abgestützt wird. Zur Zeit engagieren sich für jede dieser drei Möglichkeiten machtvolle Kräfte.

Willy Bierter (SYNTROPIE Stiftung für Zukunftsgestaltung, Liestal) ist Physiker und Sozialwissenschafter.

(Bild: Iris Krebs)